

**SCHMID, R.; KREUTZ, H.** (2007): Familien mit chronisch kranken und pflegebedürftigen Kindern. Herausgegeben von Arbeitskreis Pflegerische und psychosoziale Versorgung im Kindernetzwerk, Kindernetzwerk e.V. Aschaffenburg.  
**SCHÖLLKOPF, J.** (Hg.) (2007): (N)Onliner Atlas 2007. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland. Nutzung und Nichtnutzung des Internets, Strukturen und regionale Verteilung. TNS Infratest München.  
**SOMMER, G.; FYDRICH, T.; BRÄHLER, E.** (2007): F-SozU. Fragebogen zur Sozialen

Unterstützung. Manual. Göttingen, Bern, Toronto u. a.  
**STEGBAUER, C.; RAUSCH, A.** (2001): Die schweigende Mehrheit. „Lurker“ in internetbasierten Diskussionsforen. Zeitschrift für Soziologie 1/2001, 48–64.  
**THIMM, W.; WACHTEL, G.** (Hg.) (2002): Familien mit behinderten Kindern. Wege der Unterstützung und Impulse zur Weiterentwicklung regionaler Hilfesysteme. Unter Mitarbeit von Ralf Drabant, Kirsten Günther und Gerhard Haack et al. Weinheim.  
**TURNER, J. W.; GRUBE, J. A.; MEYERS, J.** (2001): Developing an opti-

mal match within online communities: an exploration of CMC support communities and traditional support. Journal of Communication 2/2001, 231–251.  
**WOHLFAHRT, N.; BREITKOPF, H.** (1995): Selbsthilfegruppen und soziale Arbeit. Eine Einführung für soziale Berufe. Unter Mitarbeit von Wolfgang Thiel. Freiburg im Breisgau.  
**WRIGHT, K. B.** (1999): Computer-Mediated support groups. An examination of relationships among social support, perceived stress, and coping strategies. Communication quarterly 4/1999, 402–414.



ANGELIKA MAGIROS

## Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat

### Ein Diskussionsbeitrag<sup>1</sup>

*Bürgerschaftliches Engagement ist eine Bereicherung in der Arbeit für und mit Menschen mit Behinderung. Gleichzeitig wird aber auch die Sorge laut, dass das unbezahlte Engagement eine dunkle Kehrseite hat: den schleichenden Abbau des Sozialstaats. Der Beitrag kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis: Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Sozialstaat; zusammen mit den hauptamtlich Tätigen arbeiten freiwillig Engagierte für den Erhalt und Ausbau sowie die qualitative Erweiterung sozialstaatlich garantierter Leistungen für Menschen mit Behinderung.*

Wenn man sieht, wie sich freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger für Menschen mit Behinderung einsetzen, und wenn man ihre oft unpräzisen Antworten auf die Frage hört, warum sie das tun – „Urinstinkt“, „da muss man doch einfach helfen“, „das macht Spaß“, „mir geht's gut, also soll es anderen auch gut gehen“ – dann fällt es schwer,

auf diesen Ausdruck spontaner Menschlichkeit anders zu reagieren als wiederum mit spontaner, in gewisser Weise „bedenkenloser“ Anerkennung.

Doch bürgerschaftliches Engagement ist auch in soziale und politische Verhältnisse eingebunden – und immer dort, wo Verhältnisse berührt sind, muss sehr wohl „bedacht“ und reflektiert werden. Eine der wichtigsten Fragen und gesellschaftlichen Debatten in diesem Zusammenhang dreht sich um das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und Sozialstaat, von freiwilliger Aktivität und professioneller sozialer Arbeit für und mit Menschen mit Behinderung.

#### Positionen in der Debatte über das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und Sozialstaat

> So kompliziert sei das Verhältnis gar nicht – so eine erste Position in dieser Debatte: Hauptamtliche soziale Arbeit in der Begleitung und Betreuung von behinderten Menschen koste (viel) Geld, bürgerschaftliche Aktivität an gleicher Stelle sei dagegen ganz oder fast umsonst. Schon in absehbarer Zeit werde es nicht mehr möglich sein, alle notwendigen sozialen Hilfe- und Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung, die bereits heute nur noch unter großen

gesellschaftlichen Kraftanstrengungen „bezahlt“ erbracht werden könnten, auch weiterhin aus den öffentlichen Haushalten zu finanzieren. Zu knapp seien mittlerweile die Sozialtats und daher auch zu knapp bemessen die Kalkulationen vieler Dienste und Einrichtungen in der Behindertenhilfe – mit allen Folgen für deren Qualität. Es gehe insgesamt um den Umbau des Sozialstaats, der nicht mehr alles leisten könne. Wäre es in dieser Situation nicht opportun, dort, wo es eben möglich sei, hauptamtliche Arbeit durch freiwilliges Engagement zu ersetzen?<sup>2</sup>

Diese Sichtweise – man kann sie hier kurz die „rechnende“ nennen – bleibt nicht ohne Gegenantworten.

> Das bürgerschaftliche Engagement für Menschen mit Behinderung müsse dringend ausgebaut werden, so auch eine zweite Position in dieser Debatte, jedoch mit ganz anderer Intention. Das wesentliche Argument für die Verschiebung von Betreuungsanteilen weg von professioneller Tätigkeit in der Behindertenhilfe hin zu mehr freiwilliger Arbeit sei ein *qualitatives*, so wird gegen die Rechner formuliert.

Man kennt die immer wieder geäußerte Hoffnung, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Demokratisierung eines bürokratischen oder bevormundenden Staatswesens beitragen könnten, indem sie ihre Belange

<sup>2</sup> Ein guter Indikator für die Bedeutung dieser Position ist die zunehmende Thematisierung einer „Monetarisierung“ des Engagements und der Entstehung von Grauzonen zwischen Engagement und Beruflichkeit. Dazu sind insbesondere zwei informative Tagungsdokumentationen zu nennen: a) Hessisches Sozialministerium / LandesEhrenamtsagentur Hessen (Hg.): „Ohne Moos nix los?! Wie viel Bezahlung trägt das bürgerschaftliche Engagement?“, Wiesbaden 2007 (Fachtagung am 14.2.2007 in Frankfurt/Main), und b) Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE (Hg.): „Engagement und Erwerbsarbeit“, Berlin 2008 (Fachtagung am 8./9.11.2008 in Berlin)

<sup>1</sup> Der Text geht auf einen Vortrag auf dem „Hessen-Forum 2“ der Aktion für behinderte Menschen Hessen e.V. am 23.4.2008 in Bad Arolsen zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Profession in der Arbeit für und mit Menschen mit Behinderung. Möglichkeiten – Chancen – Grenzen“ zurück.

und die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen wieder stärker selbst in die Hand nehmen.<sup>3</sup> Diese Hoffnung sieht man auch bei vielen – gerade progressiven, kreativen – Akteuren in der Behindertenhilfe. Dort ist sie allerdings konkretisiert als Hoffnung auf mehr gesellschaftliche Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderung, auf mehr Begegnungen im Alltag, kurz: als Hoffnung darauf, den unvertrauten Menschen nicht nur klassische Versorgung zu bieten, sondern eine Präsenz mitten im Leben der Gemeinde: „Freiwilliges soziales Bürgerengagement geht – gerade weil es vom Spezialisierungszwang des professionellen Expertensystems befreit ist – unmittelbar auf Nähe und aufs ‚Ganze‘.“<sup>4</sup> Damit stehe dieser Ansatz für die Chance von „Freiheit und Offenheit, wie es die funktionalistisch durchgeschalteten beruflichen Organisationssysteme und Expertenkulturen kaum bieten können.“<sup>5</sup> Und so flankiere freiwilliges soziales Bürgerengagement „solidarische Zuwendung in Form von Lebensnähe und Ganzheitlichkeit, die den Hilfsbedürftigen symmetrisch anspricht und kommunikativ annimmt.“<sup>6</sup> Ralf Sluzalek-Drabent bringt diese zweite Position mit seinen Aussagen auf den Punkt: Die Hoffnung lautet, dass freiwilliges Engagement einfach „näher dran“ sei. Wo hauptamtliche Hilfe allzu oft die Betreuten aus strukturellen Gründen eher „spezialisieren“, da führe bürgerschaftliches Engagement sie verstärkt hinaus ins allgemeine, öffentliche Leben. Wo die Hilfe als Beruf kaum Platz für eine individualisierte Betreuung habe, da bringe der freiwillig Engagierte Zeit, Zuwendung und die Chance zu einer Begegnung auf Augenhöhe mit dem behinderten Menschen ein. Schön wär's, doch was sei das für ein Utopismus! So tritt eine dritte Position den vorgenannten Überlegungen entgegen.

<sup>3</sup> Die Kritik am „übergreifigen“ Staat stammt aus dem politischen Liberalismus, aber auch aus der Linken mit anarchistischer Tradition. Theoretischer Bezugspunkt für Letztere ist u. a. der französische Philosoph Michel Foucault. Seine These: Der Staat, der in der Moderne beginnt, sich um die Gesellschaftsmitglieder zu „kümmern“, setzt damit gleichzeitig eine „Bio-Macht“ und Normen durch, die die Möglichkeiten der Individuen beschränken und sie gegeneinander hierarchisieren; z. B. in: Michel Foucault, „Der Wille zum Wissen“, Frankfurt/Main 1977.

<sup>4</sup> Ralf Sluzalek-Drabent: „Berufliches Helfen und freiwilliges soziales Bürgerengagement. Die Beziehung zwischen dem freiwilligen sozialen Bürgerengagement und dem beruflichen Helfen bei der Integration erwachsener Menschen mit Behinderungen“, Hamburg 2005, S. 135.

<sup>5</sup> Ebd., S. 135.

<sup>6</sup> Ebd., S. 135.

> Zwar wähne sich der qualitative Ansatz als Gegenmodell den Rechnern konträr gegenüber, so die Vertreter dieser dritten Position, doch spiele er ihnen faktisch in die Hände. Die hehren Absichten, die mit dem Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements verbunden seien – Visionen einer guten Gesellschaft, in der das Helfen sogar mit Freundschaft verschwimmt – machten sich zum Helfershelfer der Sparpolitiker und auf Kostenreduzierung fixierten Sozialmanager (vielleicht gerade auch deswegen, weil aus der zweiten Position eine „reine“ Pädagogik spreche und kein oder ein nur sehr reduzierter Blick für Fragen der Ökonomie und Machtverhältnisse vorhanden sei?). Jedenfalls werde von dieser ganzen Diskussion über freiwilliges Engagement schließlich nur eines zurückbleiben: eine komplett ausgedünnte Behindertenhilfe, in der das Nötigste kaum noch zu bekommen sei. Das „Ehrenamt wird Ausputzer für den Sozialstaatsumbau“!<sup>7</sup>

Mit diesen drei Positionen – mit den Rechnern, den Utopisten und schließlich den besorgten Warnern – ist die Diskussion über das Verhältnis von Sozialstaat und Zivilgesellschaft, von professioneller und bürgerschaftlicher Hilfe sicher nicht in ihrer Komplexität erfasst, doch die gängigen Hauptstränge und -argumente kann man ohne Schwierigkeiten in diesem Positions-Dreieck wiedererkennen.

#### „Wir sind der Sozialstaat“: Eine fruchtbare Brücke zwischen den Positionen

Was nun? Wie kann man verhindern, dass die Reflexion über bürgerschaftliches Engagement zwischen Sparplänen, Visionen und schwarzen Sorgen verschwindet und das skizzierte Positions-Dreieck zu einer Art Bermuda-Dreieck für das Nachdenken über freiwillige Aktivität wird?

Wie immer: Wenn eine Reflexion feststeckt, muss man sich wieder dem konkreten Tun zuwenden und hören, was die Akteure vor Ort uns sagen. Als die Bundesvereinigung Lebenshilfe das Projekt „Lebenshilfe aktiv“ zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für und von Menschen mit Behinderung ins Leben rief, war eine der ersten Handlungen eine Datenerhebung. Es wurde

<sup>7</sup> So lautet der Titel eines Beitrags von Norbert Wohlfahrt. Allerdings argumentiert Wohlfahrt selbst differenzierter und erkennt die positiven Qualitäten von Ehrenamt und Selbsthilfe an, wenn sie aus fach- und nicht aus sozialpolitischen Überlegungen installiert und gestärkt werden. In: neue caritas, Nr. 13/2007, S. 13–15.

ein Fragebogen an die Mitgliedsorganisationen gesandt, um einen ersten Überblick zum Stand bürgerschaftlicher Aktivitäten in den lokalen Lebenshilfen zu bekommen. Fakten und Zahlen waren zu ermitteln, doch auch eine „offene“ Frage war dabei: „Wenn Sie an freiwilliges Engagement denken: Welches Bild, welches Wort, welcher Spruch fällt Ihnen als erstes ein?“ Gerade diese Frage nach der Haltung der Lebenshilfen zum freiwilligen Engagement förderte viel Spannendes und sehr Unterschiedliches zutage. Eine Aussage war dabei, die wie geschaffen scheint für die uns hier interessierenden Zusammenhänge: „Wir sind der Sozialstaat.“

Als hauptamtlicher Mitarbeiter in Leitungsfunktion mit einem zusätzlichen Arbeitsauftrag als Freiwilligenkoordinator befindet sich der so Antwortende an der Schnittstelle zwischen Profession und bürgerschaftlichem Engagement, vereint beide Rollen in seiner Person als beruflicher Helfer und gleichzeitiger Fürsprecher und Kontaktmann der Freiwilligen in seiner Organisation. So wird dieser „Grenzgänger“, wenn er „wir“ sagt, auch die beiden Gruppen meinen: hauptamtliche Kräfte und Bürger und Bürgerinnen, die sich in seiner Lebenshilfe für behinderte Menschen engagieren.

Kann sein Bild uns beim Nachdenken über das Verhältnis von Sozialstaat und bürgerschaftlichem Engagement weiterhelfen? Schon die Ausstrahlung, die Stimmung dieses Satzes „Wir sind der Sozialstaat“ hinterlässt Wirkung: Hier scheint jemand eine Haltung zu haben, die quer zu den eben skizzierten drei Positionen im Bermuda-Dreieck der tradierten Sichtweisen liegt. Frisch und frei nimmt er Anleihen bei allen drei genannten Positionen – doch so, dass er diejenigen Aspekte umgeht und links liegen lässt, die eher lähmend wirken. „Sozialstaat“ steht im Zentrum seiner Aussage, und so teilt er offensichtlich mit den Warnern die Sorge um die Kontinuität sozialstaatlich garantierter Leistungen und um die sichere, verrechtlichte, abrufbare Assistenz, die das professionelle Hilfesystem dem behinderten Menschen bietet. Doch diese Sorge lässt ihn eben nicht schwarz sehen, sondern beflügelt ihn geradezu in seiner einen beruflichen Rolle, die in der Ansprache und Begleitung freiwillig engagierter Bürgerinnen und Bürger besteht.

Ist nicht dieser Elan zutiefst demokratisch? „Wir sind der Sozialstaat“ erinnert an die Leipziger Demonstrationen von 1989, die sich mit ihrem „Wir sind das Volk“ gegen die Annahmen des DDR-Systems wandten. Ein wenig fühlt man sich sogar in die

ersten „Bürgerlichen“ des 17. und 18. Jahrhunderts hineinversetzt, die gegen den Anspruch ihrer absolutistischen Monarchen auftraten: „L'etat, c'est moi; der Staat, das bin ich!“ – „Aber nein, damit muss Schluss sein, der Staat, das sind wir!“ Etwas von dieser selbstbewussten Renitenz gegen Willkür und Macht atmet auch aus dem Bild des zitierten Freiwilligenbeauftragten. Wie die Utopisten aus dem Positionsdreieck hat er ganz offenkundig eine qualitätsorientierte Zielsetzung und den Anspruch, unseren Sozialstaat quasi „von unten nach oben“ zu organisieren: gegen das eher anonyme „die“ an die Adresse der Sozialstaats-Bürokraten und -Administratoren setzt er das persönlich verbindende „wir“. Er verkörpert damit die Haltung derer, die „nahe dran“ sind und Solidarität und Hilfe durch ihre tägliche Arbeit mit einer besonderen Qualität versehen. Doch diese Haltung bringt ihn nun *nicht* dazu, genau an diesem Punkt einen Trennstrich zu ziehen zwischen den Hauptamtlichen und den freiwillig Engagierten und – wo zu die Utopisten des bürgerschaftlichen Engagements neigen – den einen die Bürokratie und den anderen die echte, unmittelbare Solidarität zuzuordnen. Das demokratische „wir“ in seine Aussage verbindet *beide* Gruppen, so als würde der Zitierte bei der großen Herausforderung, Menschen mit Behinderung echte Teilhabe zu ermöglichen, keinen zentralen Unterschied sehen zwischen seinen sich täglich mühenden bezahlten Kolleginnen und Kollegen und den unbezahlten Freiwilligen, die mitarbeiten.

Und die erste Position im beschriebenen Dreieck, die der kühlen Rechner, hat er denn auch mit ihnen etwas gemeinsam? Ja, diesen mangelnden Willen zu unterscheiden – doch mit einer gewichtigen Differenz zu dieser Position: wenn aus der rechnenden Sichtweise hauptamtliche und freiwillige Helfer auf eine Stufe gestellt werden, dann vor allem deswegen, um die Notwendigkeit der Kosten für geregelte Ausbildung und verbrieft Fachkompetenz für bestimmte Aufgaben in der Behindertenhilfe in Abrede zu stellen, professionelle Hilfe zu bewerten und so die Bereiche zu benennen, in denen der Sozialstaat „verschlankt“ werden könnte. Das „wir“ in dem Zitat des Freiwilligenkoordinators dagegen wertet berufliche soziale Arbeit nicht *ab*, sondern das bürgerschaftlich engagierte Helfen *auf*. Es zieht das freiwillige Engagement hinein in den Sozialstaat und betont seinen Beitrag dazu, dass der Sozialstaat nicht schlanker, sondern kräftiger wird und mit einer neuen Qualität auftritt.

An dieser Stelle schließt sich das Dreieck und es zeigt sich, dass sich die statische Spannung zwischen den Ecken durchaus in einen produktiven Strom verwandeln lässt, wenn man nur etwas quer, d. h. *zwischen* den Positionen denkt. „Wir sind der Sozialstaat“ – daraus lassen sich Stimmung und Elemente entnehmen, die für ein solch verbindendes Denken wichtig wären: sozialstaatliche Orientierung, demokratischer, anti-bürokratischer Elan sowie der Wille, Profession und bürgerschaftliches Engagement so zu sehen und zu gestalten, dass sie „gemeinsame Sache“ machen, quasi an einem Strang ziehen. Die neue Grundaussage lautet dann: **„Bürgerschaftliches Engagement ist Teil des Sozialstaats und hält ihn in Schwung, gibt ihm sogar neuen Schwung“.**

Was könnte dies konkret bedeuten: „Bürgerschaftliches Engagement ist Teil des Sozialstaats und hält ihn in Schwung, gibt ihm sogar neuen Schwung“?

#### Bürgerschaftliches Engagement weist dem Sozialstaat neue Wege

Meine erste These: „Freiwillige Helfer sind *Pioniere* des Sozialstaats.“

Engagierte Bürgerinnen und Bürger weisen uns mit dem, was sie tun, auf heutige (neue) Bedürfnisse behinderter Menschen hin, auf Lücken professioneller Assistenz und solche Bereiche, die die hauptamtliche soziale Arbeit noch nicht abdeckt, zukünftig jedoch möglicherweise abdecken sollte.

Hat z. B. ein Wohnheimbewohner einen Freiwilligen an seiner Seite, der ihn zwei mal die Woche zum örtlichen Volleyball-Verein begleitet, in dem auch die „Nichtbehinderten“ spielen, so ist das etwas qualitativ Anderes, etwas Neues gegenüber der Lebenshilfen-internen Sportgruppe, zu der ihn sonst der Wohnheim-eigene Kleinbus brachte. Der engagierte Bürger eröffnet dem behinderten Volleyballer eine Möglichkeit, die ihm ansonsten nicht gegeben wäre – und alle haben Spaß. Darüber hinaus aber legt der Freiwillige – freiwillig oder unfreiwillig, könnte man fast sagen – auch den Finger in eine strukturelle Wunde: Er zeigt, was noch der sozialstaatlichen Ausgestaltung harrt, was an personeller Ausstattung und an persönlicher Assistenz möglich sein müsste, um dem Menschen mit Behinderung ein Leben mitten in der Normalität gesellschaftlichen Alltags zu eröffnen.

Ein anderes Beispiel: So manches Tagesangebot für ältere Menschen mit Behinderung wird heute wesentlich von freiwillig engagierten, kreativ täti-

gen bürgerschaftlichen Helfern aufrecht erhalten: Sie zeigen täglich, dass „es funktioniert“, dass und wie es möglich ist, behinderte Senioren und Seniorinnen fit zu machen und ihnen ihren Spaß am Leben zu erhalten, wenn man nur genügend Zeit und gute Ideen aufbringt, ihnen herausfordernde Tätigkeiten anbieten kann und dies mitten in der Gemeinde organisiert. Damit diese Hilfe eines Tages möglichst jedem behinderten Menschen, der sie braucht oder will, überall garantiert ist und nicht nur dort, wo es viele engagierte Bürger gibt, ist noch großes Engagement erforderlich. Letztlich geht es auch bei diesem Unterstützungsmodell um eine „Versozialstaatlichung“, d. h., eine Verankerung in Recht und Gesetz und damit um eine Überführung in eine verlässlich abrufbare Leistung auf einer eigenen professionellen Grundlage.

Historisch betrachtet folgte meist das Hauptamt dem Ehrenamt auf dem Fuß, die Lebenshilfe selbst ist das beste Beispiel: „Früh erkannten Eltern und Fachleute,“ so heißt es in der Broschüre der Bundesvereinigung zum 50-jährigen Jubiläum der Lebenshilfe, „dass sie von außen keine Hilfe zu erwarten hätten, wenn sie nicht selbst bewiesen, dass Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung sinnvoll und durchführbar sei.“<sup>8</sup> Jeder weiß, was daraus geworden ist: Was sich als Eltern-Selbsthilfe gründete, ist heute ein Netz von Einrichtungen und Diensten, die den Menschen mit Behinderung begleiten, betreuen, fördern, pflegen und soweit nötig auch schützen. Diese Einrichtungen und Dienste stehen ihm heute als ein verlässliches, professionelles System bedarfsorientiert zur Verfügung.

In dieser Tradition sollten wir bleiben: Wie vor 50 Jahren zeigt uns heute das freiwillige Engagement, was ergänzend zu dem vorhandenen professionellen System nötig ist und wie es funktioniert. Es zeigt durch das, was es tut, welche Hilfs- und Unterstützungsleistungen noch im Sozialstaat zu verankern sind.

#### Bürgerschaftliches Engagement erinnert an die Sozialstaats-Idee

Meine zweite These: „Freiwilliges Engagement ist eine *Erinnerung* an den Kern des Sozialstaats.“

Oftmals wird heute nur noch negativ über den Sozialstaat geurteilt (leider oft zu Recht): Das sei eben jene Organisationseinheit, die anonym und ohne

<sup>8</sup> Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. (Hg.): „50 Jahre Lebenshilfe. Aufbruch – Entwicklung – Zukunft“, Marburg 2008, S. 19.

Rücksicht auf die Individualität des Einzelnen ihre Hilfen nach dem Gießkannen-Prinzip von oben herab und möglichst sparsam verteile. Doch ist das wirklich der Sozialstaat? Nein, zumindest seiner Idee nach ist er etwas Anderes: Er bedeutet Solidarität der Bürger auch mit und unter Fremden, Entfernten – eben nicht nur unter Freunden, Bekannten, Nachbarn, Familienmitgliedern. Sozialstaat ist letztlich das aufgeklärte Füreinandereinstehen von Gesellschaftsmitgliedern, die sich persönlich gar nicht kennen.

Um diese Solidarität fernab von persönlicher Nähe und Verbundenheit zu leisten, ist ein gewisser Grad an Abstraktion nötig; ohne jeden Apparat, ohne Regelwerke wie Gesetze, Verordnungen und Richtlinien, die einer Verallgemeinerung von Anspruchsgrundlagen dienen, ist die Idee vom Sozialstaat nicht zu verwirklichen. Doch nun setzt ein problematischer Prozess ein: Es ist so, als hätte sich diese Abstraktion verselbstständigt, als hätte sich die Solidarität unter Fremden, auf die es im Sozialstaat so sehr ankommt, selbst vergessen und sei dann umgeschlagen in ihr Gegenteil, in die Anonymität. Man kann es auch ganz einfach sagen: Der Kern des Sozialstaats ist oft genug verschüttet, doch er ist noch „da“.<sup>9</sup>

Wie lässt sich dieser ursprüngliche Kern jedoch wieder freilegen? Bürgerschaftliches Engagement kann einen Beitrag dazu leisten; genau betrachtet ist es sogar eine tägliche Erinnerung an die Solidarität unter Fremden, zunächst getragen durch die Motivation der Engagierten: viele Freiwillige betonen am Anfang ihres Engagements, dass sie eine andere Welt kennen lernen und neue Erfahrungen machen möchten, indem sie etwas für sie zunächst Fremde tun. Die Nähe und Freundschaft, die man vielfach zwischen behinderten Menschen und ihren engagierten Helfern sieht, sollte nicht darüber hinwegtäuschen: Diese Qualität der Begegnung ist aus anfänglicher Distanz erst allmählich *gewachsen*. Bürgerschaftlich Aktive suchen nicht das Bekannte, sondern sie machen sich bekannt.

Noch deutlicher wird diese Gedächtnis- und Erinnerungsfunktion freiwillig engagierter Bürger im Hinblick auf die ursprüngliche Sozialstaatsidee in ihrem direkten Kontakt zu den professionell Beschäftigten in der sozialen Arbeit. Die wenigsten Hauptamtlichen in der Behindertenhilfe betrachten ihren Beruf als „nur einen Job“; auch sie wollten die Solidarität mit dem Fremden zu ihrem täglichen Anliegen machen und sind aus eben diesem Grund Sozialarbeiter, Pädagogen, Psychologen usw. geworden. Oft genug aber können sie diesen Anspruch im beruflichen Alltag nicht umsetzen, es schlägt jene Abstraktion zu, jener „Apparate-Charakter“ und die ihm entsprechende Arbeitssituation: keine Zeit, Kostendruck, Hierarchien ohne Grund, Stress und Angst am Arbeitsplatz.

Freiwillige sind keine standfesteren Menschen, doch sie können aufgrund ihrer Situation immer wieder – und sei es en passant – in Erinnerung rufen, worum es denn eigentlich in sozialen Berufen geht: um „gute“ Begleitung und Hilfe für jemanden, der kein Freund ist, sondern ein Betreuer, Kunde oder Klient. Freiwillig Engagierte haben Zeit für die eigentlich wichtigen inhaltlichen Aufgaben, darüber hinaus haben sie mehr demokratische Spielräume. Freiwillig Aktive können den Mund aufmachen und sagen, was schief läuft im Betrieb, weil sie nicht wirklich abhängig sind von einem Arbeitgeber (weswegen Organisationen ihre Freiwilligen auch tunlichst in ihre Beratungsstrukturen einbinden sollten: ein besseres Qualitätsmanagement als durch sie gibt es nicht – und es ist sogar umsonst!). Zur Not können sie einfach gehen, wenn sie sehen, dass ihre Ziele in der Einsatzstelle partout nicht verwirklicht werden können oder nicht gewollt sind.

Auf diesen Aktionsspielraum sollten „wir Hauptamtlichen“ nicht neidisch sein; wir sollten ihn vielmehr nutzen als einen positiven Stachel, der uns immer wieder auf den Kern des Sozialstaats und auf den Grund unseres Berufs zurückführt – gedanklich und „motivational“, aber auch praktisch. Wenn wir z. B. für bessere Arbeitsbedingungen streiten, dann sollte es zwar mit Recht immer auch um unsere eigenen materiellen Interessen im engeren Sinn gehen, vor *allem* aber darum, berufliche Situationen zu verbessern, so dass qualitativ gute Arbeit für Menschen mit Behinderung leistbar wird oder bleibt.

### Bürgerschaftliches Engagement „bewegt“ den Sozialstaat

Schließlich meine dritte These: „Freiwilliges Engagement ist ein *Motor* des Sozialstaats.“

Diese These berührt die Frage, wie man genügend Überzeugungskraft und auch Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausüben kann, um sinnvolle sozialstaatliche Regelungen zum Wohl behinderter Menschen durchzusetzen. Gute Lobby- und Netzwerkarbeit ist eine Antwort, für die man sich einsetzen und Strukturen schaffen sollte. Und doch darf man sich nicht täuschen: Wenn es nicht gleichzeitig gelingt, dass sich möglichst viele Menschen aus der „normalen“ Bevölkerung als eine breitere Basis von Bürgern hinter die Interessen von Menschen mit Behinderung stellen und sich für sie stark machen, dann wird unsere Lobbyarbeit auf tönernen Füßen stehen. Anders gesagt: ohne so etwas wie eine soziale Bewegung im Rücken, die weit über den Kreis der Menschen mit Behinderung und ihrer Angehörigen hinausgeht, fehlt der besten Lobbyarbeit Saft und Kraft, es fehlt dann einfach an nötigem Schub.

Die Frage ist, wie sich soziale Bewegungen heute noch bilden können, d. h., wie man Menschen heute noch dafür gewinnen kann, das Anliegen und die Interessen Anderer zu den eigenen zu machen. Durch Aufklärung, Information, Vermittlung ethischer Werte? Alles das, nach wie vor. Doch wie weit können dies heute überhaupt noch Erfolg versprechende Strategien sein? „Heute“ heißt schließlich in postmodernen Zeiten,<sup>10</sup> in denen die meisten Aufklärungskampagnen als bloßes Marketing für ein weiteres Produkt wahrgenommen werden und soziale Appelle vielfach von vornherein auf Abwehr stoßen. Man kann diese postmodernen Entwicklungen als „Untergang des politischen Bewusstseins“ oder als „moralisches Ende“ beklagen. Doch die gleichzeitig wachsende Zahl freiwillig engagierter Bürger zeigt,<sup>11</sup> dass ein solcher Kulturpessimismus nicht angebracht ist: Engagement und Interesse in der Bevölkerung sind nicht grundsätzlich verschwunden, sondern „laufen“

<sup>9</sup> „Solidarität unter Fremden“ lautet der Titel einer Schrift von Hauke Brunkhorst, in der Tradition der bekanntesten dialektischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, der Frankfurter Schule. (Frankfurt/Main, 1997). Den ganzen hier in aller Kürze beschriebenen Prozess des „Umschlags“ – die moderne Gesellschaft vergisst ihren Sinn, d. h. das schöne Leben für alle, und fällt damit, auf höchstem technischen Niveau, auf primitivere Stufen des menschlichen Zusammenlebens zurück – findet man auch eindrücklich in einem „Klassiker“ der Frankfurter Schule aus dem Jahr 1944 beschrieben, in Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: „Dialektik der Aufklärung“, Frankfurt/Main 1971.

<sup>10</sup> Einen guten Überblick über die Diskussionen zur postmodernen Kultur gibt ein Sonderheft des Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, hg. von Karl Heinz Bohrer und Kurt Scheel, Nr. 9/10, 1998: „Postmoderne. Eine Bilanz“

<sup>11</sup> „Die Engagementquote, der Anteil von freiwillig Engagierten an der Bevölkerung ab 14 Jahren, ist zwischen 1999 und 2004 um zwei Prozentpunkte von 34 % auf 36 % gestiegen.“ (BMFSFJ: „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004“, 2. Freiwilligen survey in Kurzfassung, vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung Thomas Gensicke, München 2005, S. 6)

heute offenbar eher über den persönlichen Kontakt, über Handeln und Erleben als über Reden und Überzeugen bzw. Überzeugtwerden. Dieses Unmittelbarere, Direktere, „Unideologischer“ (und warum nicht: von legitimen eigenen Interessen – Freude, Erfahrungsgewinn, Bereicherung des Lebenslaufs – Geprägte, denn längst geht es nicht mehr nur um caritatives, selbstloses Handeln) ist vielleicht dauerhafter, verlässlicher und haltbarer als frühere Motive sozialen Engagements, in jedem Fall aber ein menschlicherer und lebendigerer Ansatzpunkt für alles das, was politisches Bewusstsein und Moral genannt werden könnte. Haltbarer, menschlicher, lebendiger – und eben auch kräftiger: eine soziale Bewegung von freiwillig engagierten Bürgern, die vom persönlichen Umgang, vom direkten Kontakt mit „ihren Behinderten“ so geprägt sind, dass die politischen und materiellen Rechte behinderter Menschen für sie quasi zu einer Selbstverständlichkeit werden, für die es sich einzusetzen lohnt: In der Tat lässt sich kein besserer Schub, kein besserer Motor für die interessenpolitischen Bemühungen und Lobbyarbeiten der Behindertenverbände vorstellen.

„Wir sind der Sozialstaat“: die Hauptamtlichen *und* die freiwillig engagierten Bürger, die gleichzeitig Pioniere, aktuelles Gedächtnis und Motor des Sozialstaats sind. Und so stützt die Reflexion schließlich die „bedenkenlose“ Anerkennung, die am Anfang des Beitrages gegenüber dem bürgerschaftlichen Handeln formuliert wurde. Freiwilliges Engagement ist so nicht nur Ausdruck spontaner Menschlichkeit, es ist auch für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaats – seiner Idee und seiner materiellen Leistungen – und damit für die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung heute und morgen unverzichtbar.



**Die Autorin:**

**Dr. Angelika Magiros**

Bundesvereinigung Lebenshilfe für  
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.,  
Projektkoordination ‚Lebenshilfe aktiv‘ –  
Beratungs- und Koordinierungsstelle  
Freiwilligenengagement,  
Raiffeisenstr. 18, 35043 Marburg-Cappel,  
Telefon: 0 64 21/4 91 - 1 15  
Telefax: 0 64 21/4 91 - 6 15



**Angelika.Magiros@Lebenshilfe.de**